

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 1,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Vertriebsstellen Bestellungen entgegen. Unter Erschuldung bezugs für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Porto-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Reichsdruckerei, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 36.

Die nachfolgenden Anzeigenpreise sind ohne jeden Rabatt. — M. einschließlich Kreuzungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt Wort 1,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Kreuzungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Schriftführer: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4649, 4822

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verpfändung der deutschen Zölle

Die Pariser Konferenz

Paris, 29. Januar.

Die Sitzung des engeren Ausschusses ging heute Nacht 12,20 Uhr zu Ende. Nach einem arbeitsreichen Verhandlungstage gelangte der Ausschuss abends zu einem Uebereinkommen, das, wie Havas meldet, heute morgen in der Vollsitzung der Konferenz zu einem endgültigen sich gestalten wird. Das für die deutsche Reparationszahlung angenommene System ist das folgende: Zahlung in 42 Jahresleistungen ab 1. Mai 1921 nach folgender Staffelung:

Die beiden ersten Jahreszahlungen 2 Milliarden Goldmark, die drei folgenden drei Milliarden, die drei nächsten vier Milliarden, die drei weiteren fünf Milliarden und die 31 letzten sechs Milliarden.

Andererseits muß Deutschland während 42 Jahren eine Taxe von 12 Prozent ad valorem auf seine Ausfuhr zahlen. Diese Taxe wird von der Reparationskommission erhoben werden.

Um Deutschland anzuersparen, sich möglichst rasch seiner Verpflichtungen zu entledigen, wird ihm ein Diskont auf die festgesetzten Jahreszahlungen gewährt und zwar bis zu acht Prozent in den beiden ersten Jahren, sechs Prozent in den beiden folgenden und fünf für den Rest der Frist, wenn es keine Zahlungen vor den vorgesehenen Zeitpunkten ausführt. Als „Sanktion“ für die Ausföhrung seiner Verpflichtungen sieht das Uebereinkommen die Verpfändung der deutschen Zölle unter der Kontrolle der Reparationskommission vor, ferner die Festsetzung neuer oder höherer Taxen ohne Rücksicht auf alle Maßnahmen, die die alliierten Regierungen treffen könnten, falls die vorhergehenden Maßnahmen ungenügend sein sollten. Schließlich soll Deutschland keine auswärtige Anleihe aufnehmen können, ohne durch die Reparationskommission dazu berechtigt zu sein.

Die Konferenz wird heute morgen um 11 Uhr zu einer Vollsitzung zusammenzutreten. Die endgültige Billigung des gestern abend ausgearbeiteten Entwurfs soll nach der Havasmeldung angehtlich keinem Zweifel unterliegen. Auf diese Weise sei diese Kernfrage der Reparationen durch die Annahme eines Systems glücklich gelöst, das gleichzeitig sofortige Festsetzung der Schuldforderung der Alliierten und die eventuellen Möglichkeiten der Zunahme der Zahlungsfähigkeit verbinde.

Die Konferenz wird alsdann die Entwaffnungsfrage behandeln. Sie wird weitere Maßnahmen treffen, um Deutschland Unterstützung zu gewähren. Die Frage der Kohlenlieferungen Deutschlands und des Ablassens des Abkommens von Spaa Ende dieses Monats wird an die Reparationskommission verwiesen werden, die sich bereits mit dieser Frage befaßt. Die Sachverständigenkonferenz, die vordem in Brüssel tagte, wird nächsten ihre Arbeiten wieder aufnehmen, um über die Ausführungsmöglichkeiten des gestern abend abgeschlossenen Abkommens über die Reparationen zu beschließen.

Die englisch-russischen Verhandlungen

Der russische Gegenentwurf

D. C. Kopenhagen, 28. Januar.

Die Veröffentlichung des englischen Entwurfes für das Handelsabkommen mit Sowjet-Rußland beantwortet die Londoner russische Sommet-Delegation mit der Veröffentlichung des russischen Gegenentwurfs, mit dem Vorbehalt, daß dieser von Krassin erst jetzt persönlich der Moskauer Regierung vorgelegt werden soll und deshalb noch Änderungen erfahren könne. Nur für die Einleitung und zwei von den 14 Paragraphen des englischen Entwurfs sind von der russischen Delegation Änderungen vorgeschlagen. Während der englische Text eine ausdrückliche Versicherung der Sommet-Regierung auf jede Schädigung der britischen Interessen in Klein-Asien, Persien, Afghanistan und Indien enthält, bestimmt der russische Entwurf, daß die Einzelheiten, die sich aus dem gegenseitigen Verzicht auf Feindseligkeiten und Propaganda ergeben, einer besonderen Konferenz vorbehalten bleiben sollen. An Stelle der Zustimmung des englischen Entwurfs, wonach die Landesdelegierten beider Parteien vor Festnahme und Durchföhrung gesichert sein sollen, verlangt der russische Gegenentwurf, daß die Delegierten die für diplomatische Vertreter üblichen Privilegien genießen sollen. Zu den Bestimmungen über die Einfuhr des russischen Goldes nach England verlangt die russische Delegation auch die Freiheit der Ausfuhr des eingeföhrten Goldes aus England und will der britischen Regierung nur das Optionsrecht für den Ankauf des Goldes zu dem jeweiligen Marktpreis einräumen. Der russische Entwurf enthält keine Bestimmungen, die eine gerichtliche Bestätigung russischer Verträge auf dem Wege der Zivillage in England unterbinden sollten, und auch die ursprüngliche Forderung Krassins auf Gewährung eines Moratoriums für die von früherher datierenden Privatforderungen an Rußland ist insolge des entschiedenen Widerstandes der britischen Regierung in den Entwurf nicht aufgenommen worden.

Einem Vertreter des Stockholmer kommunistischen „Folkets Dagblad“ gegenüber hat Krassin geäußert, daß die britische Regierung nach Ablehnung der von Rußland gewünschten Bestimmungen, es übernommen habe, eine andere Methode zu finden, um über die Meinungsverschiedenheiten hinwegzukommen.

Wie die Petersburger „Dorfkommune“ meldet, betrachtet Krassin die Verhandlungen mit England als nicht abgebrochen, hält aber die Lage für ernst.

Kommunistische Träumer

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Kattowik, 29. Januar.

Die „Rote Fahne“ zerbricht sich den Kopf, ob es eine objektive Lösung der oberschlesischen Frage geben könne. Sie träumt selbstverständlich schon wieder von einer „Zuspühung des oberschlesischen Konflikts in einer Situation, in der die Arbeiterschaft handeln und auf den Plan treten kann“. Deshalb haben die Weissen aus der Zentrale in Berlin auch die Parole für eine Sowjetrepublik in Oberschlesien ausgegeben, die hier nur allgemeines Hohngelächter der eigenen Parteimitglieder ausgelöst hat. Selbst die von Berlin hierher geschickten kleinen Diktatorchen haben daran nichts ändern können. Wenn die „Rote Fahne“ auch nur die Spur einer Erfahrung von den Arbeiterverhältnissen in Oberschlesien hätte, so würde sie verstehen können, daß ihre Phrasen von der revolutionären Lösung bei der oberschlesischen Arbeiterschaft nur ein mitleidiges Lächeln auslösen. Was durch die Volksabstimmung bisher erzielt worden ist, ist nicht Revolutionierung der Massen, sondern — das muß festgestellt werden: nationalitische Verrechnung, die sogar weit in die Arbeiterparteien hineingedrungen ist. Wir können der „Roten Fahne“ verraten, daß die Folgen der bisherigen Agitation ein Erstarken der reaktionären Kräfte, die Verwirrung der Arbeiterschaft und nationalitischen Taumel beim Bürgertum hervorgerufen haben. Wenn das die richtigen Vorbedingungen für eine revolutionäre Lösung des oberschlesischen Problems sind, so hat die „Rote Fahne“ Recht. Vielleicht erkundigt sie sich aber vorher, was die Mitglieder ihrer Partei in den bürgerlichen Selbstschutzorganisationen treiben, die vom Gele der Magnaten und Großgrundbesitzer leben. Wir als Sozialisten können nicht begreifen, was eine solche Verwirrung der Arbeiterschaft in der Abstimmungspropaganda zur revolutionären Lösung der sozialen Fragen beitragen soll.

Die wandlungsfähige Einwohnerwehr

Bayern hat eingesehen, daß es seine Einwohnerwehr auf die Dauer nicht halten kann. Es versucht nunmehr mit Hilfe eines durchsichtigen Trias der Entwaffnung zu entgehen. Man beachte die folgende Meldung der „Völkischen Zeitung“ aus München:

Der Landesausschuß der Einwohnerwehren Bayerns hat in diesen Tagen in seinen Sitzungen die §§ 9 und 10 gestrichen, worin bestimmt war, daß dem bayerischen Landeshauptmann der Einwohnerwehren der Verkeh mit dem Wehrkreiskommandos und dem Wehrkreisoberkommandos, der Verkeh mit den Reichswehrbrigaden der einzelnen Wehrkreise obliege. Damit ist in dem von der Entente als „militärische Organisation“ beanstandeten Aufbau und Zusammenhang der Einwohnerwehr mit der Reichswehr eine doppelte Bresche gelegt.

Die Kahrregierung mit ihrem Draegschanhang versteht es meisterhaft, den Harmlosen zu spielen. Aber die Tatsachen kann sie doch nicht aus der Welt schaffen, die Tatsachen, daß die Einwohnerwehren militärische Organisationen sind, ganz gleich ob sie ihre Statuten ändern oder nicht; denn das Papier ist geduldig, besonders das, welches den Herren Kahr und Ehrlich zur Verfügung steht. Seit zwei Jahren schon verwandelt sich die Einwohnerwehr, je nachdem es der Zweck erfordert: sie ist versaffungstreu, solange sie noch nicht fertig gerüstet ist, ist sie gerüstet, dann putzt sie wie am 13. März. Ihre Führer predigen den Revanchekrieg, kommt eine Note der Entente, dann liegen die tapferen Mannen auf dem Bauch und versichern, daß sie keine aggressiven Absichten verfolgen, im Gegenteil bereit sind, zusammen mit der Entente den „Bolschewismus“ zu bekämpfen.

Die richtigen deutschen Militaristen: frech, wenn sie sich stark genug fühlen, feige und unterwürdig, wenn die Sache schief geht. Aber auf alle Fälle blutdürstig und gefährlich, nach innen und nach außen!

Untersuchung gegen Hermes

In Ausführung des Beschlusses auf Antrag unserer Fraktion im Reichstage, einen Ausschuss einzusetzen, der die gegen den Reichsernährungsminister Hermes erhobenen Vorwürfe prüfen soll, hat der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beantragt, jeder der acht Fraktionen des Reichstages einen Sitz in dem Ausschuss zuzubilligen.

Die Provinziallandtagswahlen und Kreisstadtwahlen im besetzten Gebiete. Wie der Kommissar für die besetzten rheinischen Gebiete mitteilt, hat die Interalliierte Rheinlandschaftskommission keinen Einwand gegen die Wahlordnung für die Provinziallandtags- und Kreisstadtwahlen erhoben. Die Wahlen können daher auch nach dem Gesetz, betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreisstädten vom 5. Dezember 1920 in den besetzten rheinischen Gebieten von statten gehen.

Berlin als Hafenstadt

Von Stadtrat Wilhelm Schünning

Berlin mit seinen vier Millionen Einwohnern hat naturgemäß einen starken Güterverkehr. 75 Prozent des Gesamtverkehrs entfallen auf die Eisenbahn, 25 Prozent auf die Binnenschiffahrt. Wenn also ein Viertel des Gesamtgüterverkehrs durch die Binnenschiffahrt bewältigt wird, so dürfte es angebracht sein, einmal das Verhältnis Berlins zu der Binnenschiffahrt zu beleuchten und dabei auf die Bedeutung Berlins als Hafenstadt hinzuweisen.

Die Märkischen Wasserstraßen verbinden Berlin mit den Stromgebieten Elbe und Oder. Die Wasserstraßenlänge dieser Stromgebiete beträgt: für die Märkischen Wasserstraßen 1451 Kilometer, für das Elbegebiet 1774 Kilometer, für das Odergebiet inkl. der Pommerschen Küstengewässer 2232 Kilometer, zusammen 5457 Kilometer. Berlin hat also nicht nur direkte Schiffverbindung nach den wichtigsten Hafenstädten der Nord- und Ostsee, Hamburg und Stettin, sondern auch mit dem Industriegebiet Oberschlesien. Wir haben direkten Schiffverkehr mit der Provinz Sachsen, dem industriellen Freistaat Sachsen und der Tschechoslowakei.

Demzufolge ist der Schiffsverkehr äußerst rege. Im Jahre 1913 kamen weit über 30 000 Schiffe nach Berlin. 1919 betrug der Schiffsverkehr in Berlin und Charlottenburg 14 000; während eines Halbjahres 1920 ca. 9000. Auch die Benutzung der Berliner Schleusen veranschaulicht deutlich die Bedeutung der Binnenschiffahrt für Berlin. Vom 1. Januar 1920 bis zum 30. September 1920 passierten 23 471 Schiffe die Berliner Schleusen. Davon entfielen auf die Mühlendamm-Schleuse 13 702, Stadtschleuse 1233, Oberschleuse 4429, Unterschleuse 2042, Köpenicker Schleuse 456, Neuföllner Schleuse 1600.

Der Umfang des Güterverkehrs sei durch folgende Zahlen illustriert: Die Einfuhr durch die Eisenbahn betrug 1913 für Berlin und Vororte 12 694 545 To., die Ausfuhr 4 209 294 Tonnen; 1919 Einfuhr 10 700 438 Tonnen, Ausfuhr 3 453 879 Tonnen. Durch die Binnenschiffahrt wurden 1913 eingeföhrt in Berlin und Charlottenburg 4 735 710 Tonnen. Der Versand betrug 603 167 Tonnen. 1919 betrug die Einfuhr per Schiff 1 900 742 Tonnen, die Ausfuhr 831 006 Tonnen. Die Zahlen zeigen, daß der größte Anteil des Gütertransportes der Eisenbahn zufällt. Dieses Mißverhältnis zwischen Eisenbahn und Schiffahrt hat seine besonderen Gründe. Statt sich im Interesse unserer Volkswirtschaft organisieren zu ergänzen, stehen sich Eisenbahn und Binnenschiffahrt als Konkurrenten gegenüber. Während der Kriegszeit rühmte der Kampf, weil die Eisenbahn aus strategischen Gründen entlastet werden mußte. Die Eisenbahn arbeitet mit billigeren Frachtsätzen, hat dafür aber ungeheure Defizite aufzuweisen. Die Binnenschiffahrt muß sich selbst erhalten, und demzufolge höhere Frachtsätze fordern. Das Reichsverkehrsministerium muß darauf hinwirken, daß Eisenbahn und Binnenschiffahrt zur Bewältigung des Verkehrs ihren Leistungsfähigkeiten entsprechend herangezogen werden.

Die Stadtgemeinde Berlin hat durch die Errichtung von Hafenanlagen alles getan, um den Verkehr auf den Wasserstraßen zu fördern. Die bedeutendste, jetzt im Betrieb befindliche Hafenanlage ist der Osthafen. Die Gesamtanlagelosten betragen 17 981 143 M. Die Länge des Hafens beträgt 1300 Meter. Die Breite des Hafengeländes 56 bis 105 Meter. Der Getreide- und Warenspeicher hat ein Fassungsvermögen von rund 24 000 Tonnen. Die beiden Lagerhäuser je 11 400 Tonnen. Die Größe der Freiladefläche beträgt 13 000 Quadratmeter. Als technische Hilfsmittel sind vorhanden zehn fahrbare Krane zu 1,5 bis 5 Tonnen, ein feststehender Kran zu 30 Tonnen, eine Ziegelverladebrücke zu 7 Tonnen, eine Kohlenlöschvorrichtung zu 6 Tonnen, zwei Getreideelevatoren. Ueberhaupt sind die modernsten technischen Einrichtungen vorhanden. Außerdem verfügt der Osthafen über ein Benzinelager mit 36 Tanks, die zusammen eine Million Liter Benzin fassen.

Am Humboldthafen befindet sich eine Lagerhalle, deren Errichtung 261 686 M. kostete. Es muß hier erwogen werden ob der Humboldthafen, welcher sich wegen seiner zentralen Lage besonders für den Güterverkehr eignet, nicht zweckentsprechend ausgestaltet werden muß. Dies würde viel zur Entlastung der anliegenden Ladestrafen beitragen.

Die Errichtung des Spandauer Südhafens kostete 5 113 098 M. Die Hafenanlage in Tegel kostete 1 970 671 M. Gegenwärtig wird dort ein 5 To.-Kran errichtet, der etwa 1 200 000 M. kosten wird. Neufölln hat für seine Hafenanlagen insgesamt 53 000 000 M. aufgewandt.

Die bedeutendste Hafenanlage, welche allmählich ihrer Vollendung entgegengeht, der Westhafen, hat bisher eine Ausgabe von 66 Millionen erfordert. Davon entfallen für Grunderwerb 17 500 000 M., Baukosten 48 500 000 M. Für das Jahr 1922 sind 50 Millionen M. für Baukosten vorgesehen. Die Gesamtkosten, welche der Westhafen verursachen wird, lassen sich zurzeit nicht genau berechnen. Der Westhafen wird mit 18 Krane mit einer Tagesleistung von 10 000 To. versehen. Außerdem ein Schwerlastkran mit einer Tragfähigkeit von 30 To. und einer Kohlenverladeanlage. Von den 18 Kranen sind 4 bereits betriebsfähig mit einem

Der „Arbeiterrat“

Widerspruchsvolle Erklärungen

Zur Veröffentlichung über das Ergebnis der parlamentarischen Untersuchung über das Geschäftsgeheimnis des Heimatdienstes, von dem u. a. auch der „Arbeiterrat“ indirekt Gelder erhielt, erklärt die „Rote Fahne“, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort sei. Inzwischen sind weitere Einzelheiten über die Finanzierung des „Arbeiterrats“ bekannt geworden. Aus der von uns veröffentlichten Zeitschrift des früheren Redakteurs und Geschäftsleiters des „Arbeiterrats“, A. Krest, geht hervor, daß nie ein Mittelsmann der Redaktion des „Arbeiterrats“ an die Zentrale für Heimatdienst mit Geldforderungen gesandt worden sei. Dagegen habe der „Arbeiterrat“ von einem früheren Mitarbeiter ein Darlehen von 30 000 M. erhalten mit der Versicherung, daß dieses Geld Privatvermögen des Darlehensgebers war. Erst vier Monate später erfuhr die Geschäftsleitung, von welcher Seite die Mittel stammten, und erst zu dieser Zeit erfuhr auch Däumig von der Hergabe von Mitteln durch die Zentrale für Heimatdienst. Mit dem Darlehensgeber seien sofort alle Beziehungen abgebrochen worden.

Im Widerspruch zu dieser Versicherung steht eine längere Erklärung Däumigs, deren wesentlicher Kern in folgendem besteht:

„Ich habe niemals und niemandem, weder direkt noch indirekt den Auftrag gegeben, mit dem Heimatdienst in Unterhandlungen wegen finanzieller Unterstützung des „Arbeiterrats“ zu treten. Mir ist nicht bekannt, daß ein Vertreter der Geschäftsleitung oder der Redaktion des „Arbeiterrat“ an den Heimatdienst oder an die „Kawabi“, oder wie die Schmarotzerpflanzen der heimatsdienstlichen Korruptionsplantage sonst heißen mögen, mit Geldforderungen herantreten ist.“

Danach will also Däumig auch weiterhin nichts davon gewußt haben, daß der „Arbeiterrat“ 30 000 M. vom Heimatdienst, resp. von der „Kawabi“ erhalten hat. A. Krest dagegen behauptet, daß Däumig vier Monate später über die ganze Angelegenheit unterrichtet wurde.

Däumig erklärt ferner: „Die Behauptung, daß die Geschäftsleitung des „Arbeiterrat“ sich verpflichtet habe, regierungsamtliche Artikel aufzunehmen, ist so absurd, daß sie nur von einem politischen Idioten oder von einem bewußten Verleumder aufgestellt werden kann.“

Dagegen hat sich bei der Untersuchung des Geschäftsgebarens des Heimatdienstes herausgestellt, daß der frühere Mitarbeiter des „Arbeiterrats“, Wille, bei den Unterhandlungen mit dem Heimatdienst erklärt hat, daß er wöchentlich eine Spalte im „Arbeiterrat“ dem Heimatdienst zur Verfügung gestellt habe. Auch hier liegt ein Widerspruch, der der Aufklärung bedarf.

Es ist ferner auffällig, daß auch nach Kenntnisnahme von den Verhandlungen zwischen Wille und dem Heimatdienst das erhaltene Geld mit Ausnahme von 5000 M. nicht zurückgezahlt worden ist. Einen gewissen Einblick in diese nun mindestens merkwürdigen Verhältnisse gibt uns eine Zeitschrift von Paul Czeret, des Geschäftsführers des in Liquidation befindlichen „Arbeiterrat“, in der es u. a. heißt:

„Die Wochenchrift „Der Arbeiterrat“ wurde Anfang Februar 1919 von A. Krest und Tomaszewski als Privatunternehmen gegründet. Die Gründer erklärten damals, sobald sich der „Arbeiterrat“ ohne Zuschüsse halte, wollen sie denselben der Berliner Arbeiterräte übergeben.“

Als jetzt drei Monate später Vertreter der Berliner Arbeiterräte auf eine Kontrolle der Geschäftsführung des „Arbeiterrat“ und dessen Ueberleitung an die Berliner Arbeiterräte drängten, erklärte Krest: Das Unternehmen entwickle sich gut, könne aber noch nicht überführt werden. Es entstanden Differenzen, da Krest die Einziehung in seine Geschäftsbücher verweigerte. Kurze Zeit später erfuhr wir durch einen Hauptgläubiger des „Arbeiterrat“, Herrn W., daß Krest eine unverantwortliche Geschäftsführung treibe. Wir haben sofort mit allen Mitteln versucht, Klarheit zu schaffen, was aber sehr schwierig war, da Krest sich auf seine formellen Besitzrechte berief. Erst als Krest seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte, erhielten wir volle Aufklärung und erfuhr, daß eine Schuldlast in Höhe von 120 000 M. vorhanden war und daß sich unter den Gläubigern auch Herr Wille befand, der 30 000 M. von der Arbeitergemeinschaft „Neues Reich“ für den „Arbeiterrat“ erhalten hatte. Wir wollten damals, nachdem uns diese Tatsachen bekannt wurden, den „Arbeiterrat“ fallen lassen, die Leser des „Arbeiterrat“ würden das allerdings nicht verstanden haben.“

Aus diesen Angaben ergibt sich, daß die Leitung des „Arbeiterrat“ vollkommen darüber unterrichtet war, daß ihre Unternehmen vom Heimatdienst bzw. der „Kawabi“ mit 30 000 M. finanziert worden war. Sie hatte ursprünglich auch die Absicht, den „Arbeiterrat“ fallenzulassen, nahm aber davon Abstand, angeblich, weil die Leser das „nicht verstanden haben würden“.

Alles in allem ist das Bild, das sich hier allmählich entrollt, kein sehr erbauliches. Die Behauptung der „Roten Fahne“, daß an der ganzen Angelegenheit „kein wahres Wort“ sei, war zumindest etwas übereilt.

Invalidenmarken, Erwerbslosenfürsorge und Wochenhilfsgesetz

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Freitag mit einigen dringenden sozialpolitischen Fragen. In einer Reihe von Petitionen wird die Abgabe der Invalidenmarken zum früheren halben Preise nach Lebensverlangt. Der Ausschuß beschloß über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. Soweit jedoch, wie z. B. in bäuerlichen Betrieben in Bayern, das vierteljährliche Nachleben der Marken mit landesbehördlicher Genehmigung gestattet ist, werden die Betroffenen auf den Klageweg verwiesen. In der Erwerbslosenfürsorge haben sich vielfach unhaltbare Zustände ergeben. Ein Antrag des Zentrums wünscht für die mehr als fünf Monate schuldlos Erwerbslosen längere Fürsorge. Die Unabhängigen haben gleichfalls einen Antrag eingebracht, der eine Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge, insbesondere eine wesentliche Herabsetzung der Unterstützungssätze, anstrebt. Die Entscheidung über die Anträge wurde an den Vorkommnissen des Ausschusses überwiesen. Einig war sich der Ausschuß in der Frage der Erhöhung der Leistungen für die Wochenhilfe. Die Regierung wird ersucht, alsbald eine dementsprechende Vorlage vorzulegen. Die Beratung der Anträge über Neuregelung der Arbeitsbedingungen der Hausangestellten wurde zurückgestellt.

Die Teuerungszuschläge

Der preussische Finanzminister Lüdemann hat an das preussische Staatsministerium den Antrag gestellt, die neuen Teuerungszuschläge der Beamten nach Artikel 55 der preussischen Verfassung auf dem Wege einer Rotverordnung zu gewähren. Die Rotverordnung würde nach Ansicht des Ministers der Befreiung eines ungewöhnlichen Notstandes insofern dienen, als der gegenwärtige Ausgleichszuschlag von gleichmäßig 50 Prozent zweifellos nicht ausreicht, um der inzwischen immer weiter gestiegenen Teuerung überall genügend Rechnung zu tragen und es auch, nachdem die Bezüge der Beamten in Preußen mit denjenigen der Beamten im Reich grundsätzlich in Übereinstimmung gebracht worden sind, nicht erträglich sein würde, wenn das Reich eine Erhöhung der Teuerungszuschläge eintreten ließe, Preußen aber nicht.

Aus dem bayerischen Landtag. Der Geschäftsordnungsausschuß des Bayerischen Landtags genehmigte in seiner heutigen Sitzung mit allen gegen die Stimmen der U. S. P. das Ersuchen der Staatsanwaltschaft auf Strafverfolgung des Abgeordneten Dr. Hiller (Bauernbund) wegen Untreue. Der Abgeordnete Hiller ist beschuldigt, in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt von einer Summe von 135 000 M., die ihm für einen Dritten übergeben worden waren, nur 100 000 M. ausgehändigt, den Rest aber verschwiegen zu haben.

Verbesserung der Militärrentenbezüge. Der Kriegsbeschädigten-Ausschuß des Reichstages kam nach einer Reihe von Sitzungen zu folgendem Ergebnis: Die Reichsregierung solle unverzüglich Schritte unternehmen, von der im § 87 des Reichs-Versicherungsgesetzes erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen und 1. die Teuerungszulage mit Wirkung vom 1. Januar 1921 von 25 auf 35 Prozent zu erhöhen; 2. im § 45 Abs. 2 den Betrag von 1500 M. auf 3000 M. zu erhöhen; 3. die Stufen des einkommensteuerpflichtigen Einkommens (§ 63 Abs. 1 Ziffer 1) je um 2000 M. zu erhöhen.

Dr. Drews, Präsident des Oberverwaltungsgerichts. Das preussische Staatsministerium hat beschloffen, den früheren Staatsminister Dr. Drews zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts zu ernennen.

Die deutsche Konkurrenz in Norwegen. Nach einem Telegramm aus Christiania veröffentlicht „Morgenbladet“ einen Artikel über den schweren Kampf der norwegischen Industrie gegen die deutsche Konkurrenz. Die deutschen Waren sind 25 Prozent billiger als die norwegischen. Die Folge ist, daß die norwegischen Fabriken täglich Arbeiter entlassen müssen. Es ist daher nur eine Frage der Zeit, bis der größte Teil der norwegischen Arbeiter brotlos geworden ist. In dem Artikel werden wirksame Maßnahmen zum Schutze der norwegischen Industrie gefordert.

ben. Wir würden das nur begrüßen, umso mehr ja der Dichter des Florian Geier in seinem Film die Kenntnisse jener heldenhaften deutschen Revolutionsperiode im sozialistischen Sinn verstehen dürfte. Der deutsche Film steht gegenwärtig vor einer schweren Krise. Er wird sie nur überwinden, wenn der Film seinen großen Möglichkeiten entsprechend, auf eine geistige Grundlage gestellt werden wird.

Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands. Unter den deutschen bildenden Künstlern bestand seit langem der Wunsch, durch eine einheitliche straffe Organisation ihre gemeinsamen Angelegenheiten vertreten zu sehen. Eine solche Organisation ist jetzt in Weimar durch den Zusammenschluß aller bestehenden wirtschaftlichen Verbände bildender Künstler geschaffen worden. Die neue Organisation führt den Namen „Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands“ und befaßt sich nicht mit kunstpolitischen (Ausstellungs- und ähnlichen) Angelegenheiten. Sie bearbeitet nur Fragen, über die Übereinstimmung festzustellen ist, wie Steuerfragen, Urheber- und Verlagsrecht, Materialbeschaffung, Versicherungsverhältnisse usw.

Statistisches aus Amerika. Nach den neuesten Angaben in einem soeben erschienenen Werk des Präsidenten der Columbia-Universität, Nicholas Murray Butler, bewohnen in den Vereinigten Staaten 21 Millionen Familien 19 Millionen Häuser. 6 Millionen bewohnen eigene Häuser; 12 Millionen Menschen haben Bankguthaben, es gibt 8 1/2 Millionen Landgüter und 3000 öffentliche Bibliotheken.

Proletarische Feiertage. Sonntag, den 30. Januar, vormittags 11 Uhr im Großen Schauspielhaus, Karlsruher Straße. Diese Feier ist der Arbeiter-Bildungsschule zum 30. Jahrestag ihrer Gründung gewidmet. Es wirken mit: Margarete Weithofer, Hans Siemsen — Rezitation, Felix Stöckinger — Ansprache, Sidney Widen — Gesang, Nicolas Lambinon — Violine, Konrad Löwe — Orgel, der Sprecher, Männerchöre: Kreuzberger Harmonie, Norddeutsche Schleiße, Dirigent: Baumert. Zur Auf-führung kommt das Weibspiel: „Erldung“ von Bruno Schönlank. Eintrittskarten sind auch am Sonntag im Theater zu haben.

Tages-Notizen

Opernführungen. Schillertheater: Helten, Dienst. — Palasttheater: Wenn Wälsche stören können, Dienst. — Centraltheater: Die Waise, Sonntag. — Theater: Wenn der Schicksal, Bianca Kovacs Ermordung, Freitag. — Schauspiel: Selenes Legende, Freitag. — Großes Schauspielhaus: Die Waise, Sonntag.

Kontraste. In der Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft, Frau Hilbermann, Köpenicker Str. 96/97, Sonntag, spricht Montag 8 Uhr, Herr Lothar Meiß, ein Deutsch-Amerikaner, über: Die Einwirkung des Sozialismus in Amerika.

Wahlvereinigungen. Sonntag, 30. Januar, 9 1/2—11 Uhr, haben Wählvereinigungen im Alten Museum (Römische Bildwerke) und im Keller-Feierabend-Museum (Deutsche Bildwerke) die 18. bis 19. Jahrgangsklasse durch Bezirksleiterin Frau Karsten zu 1 M. bei der Schirmherrschaft der beiden Museen.

Eine russische Ausstellung in Berlin. Der „Sturm“, der eben die erste russische Ausstellung in Berlin nach dem Kriege geschlossen hat, eröffnet am 30. Jan. nunmehr die zweite russische. Es zeigt Werke des russischen Malers Iwan Pajal, Professor der Akademie der Schönen Künste in Petrograd.

Öffentliche Wählerversammlungen

Sonntag, den 30. Januar

Petershagen. Abends 7 Uhr im Gasthof Kadel Vortrag des Genossen Arthur Richter: „Die kommenden Landtagswahlen“. Mitglieder der politischen Kommission um 6 Uhr erscheinen.

Versammlung im 9. Distrikt

Genosse Bühner referierte am Freitag abend in der öffentlichen Wählerversammlung des 9. Distrikts im Lyzeum Greifswader Straße, über die bevorstehenden Landtagswahlen. Er schilderte, wie Preußen schon immer der Hort der Reaktion gewesen ist. Noch lebendmal in Preußen das Volk betrogen worden. Wie nach den Befreiungskämpfen im Jahre 1813, so auch nach der Revolution 1848. Nach Stein und Hardenberg kämpfte Lassalle um ein besseres Preußen. Gegen das preussische Junkertum konnten sie sich nicht durchsetzen. Der Referent Bühner erinnerte an die Wahlsrechtskämpfe in den letzten Jahren vor dem Kriege in Preußen; er zeigte weiter, daß noch heute der alte konservative Geist in Preußen das Scepter führt. Die Revolution ist an Preußen beinahe spurlos vorübergegangen. Die neue preussische Verfassung, eine Geburt der Koalitionsregierung, hat mit Recht den Widerstand unserer bisherigen Vertreter in der Landesversammlung gefunden. Unsere Forderung geht dahin, die Parlamente der Einzelländer zu beseitigen. In den herrschenden Zuständen hat die Arbeiterschaft durch ihre politische Trägheit die größte Schuld. Aus den Leistungen der verschiedenen Parteien in der Vergangenheit müßten die Arbeiter erkennen, daß die U. S. P. die Vertreterin des klassenbewußten Proletariats ist, weil nur die U. S. P. allein den entscheidenden Kampf für den revolutionären Sozialismus führt.

In der Diskussion sprachen zwei kommunistische Redner für Erhellung der Versammlung. Sie erhielten durch den Genossen Krause die entsprechende Antwort.

Groß-Berlin

Bergeht die Wählerlisten nicht!

Sie liegen heute, Sonnabend, bis abends 7 Uhr auf, morgen, am Sonntag, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr abends. Wer nicht in den Listen steht, darf nicht wählen, und jeder, der nicht wählt, stürt die Macht der Reaktion!

Der Berliner Stadthaushalt

Der Abschluß der Berliner Stadtkasse für das vergangene Rechnungsjahr liegt jetzt vor. Der Abschluß bilanziert mit der anschaulichen Summe von rund 165 Millionen Mark. Den Mehreinnahmen gegenüber dem Haushaltsplan, unter denen das Kapital der Steuern mit einer Mehreinnahme von 23 1/2 Millionen Mark figurieren, stehen sehr erhebliche Mehrausgaben infolge Lohn- und Gehaltserhöhungen und Steigerung der Materialpreise bei fast allen Verwaltungen gegenüber.

Kohlenschiebungen in Reinickendorf

In der bürgerlichen Presse wird gegenwärtig eine Rachricht über Schiebungen in der Reinickendorfer Kohlen-schiebung verbreitet. Schmahendes Behagen spricht aus der fettgedruckten Feststellung, daß ein richtiger Betriehsrat zu den Spitzbuben gehört. Da ja nach den Erfahrungen des letzten Zeit alle qualifizierten Schieber zumindest das große Staats-examen gemacht haben, kann man dem Bürgertum diesen ausgefallenen Betriebsrat gern gönnen. Merkwürdigerweise weiß die Presse bereits die Höhe der aus der Unterschlagung gewonnenen Summen anzugeben, die noch nicht einmal der Staatsanwaltschaft bekannt sein dürften. Während das 12-Uhr-Mittagsblatt 100 000 Mark angibt, sind es im Lokalanzeiger bereits 500 000 M. geworden.

Unzweifelhaft wird in der kommenden Wahlkation mit diesem Material gegen kommunale Betriebe, wie es das Reinickendorfer Wirtschaftsamt einer ist, gearbeitet werden. Deshalb macht sich eine Klarstellung der tatsächlichen Verhältnisse notwendig, um der Arbeiterschaft die wahren Schuldigen aufzuzeigen.

Es ist richtig, daß die verhaftet gewordenen, inzwischen wieder freigelassenen Stahl- und Röhre als Angestellte im Reinickendorfer Wirtschaftsamt sich schwere Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen. Es ist auch weiter richtig, daß Röhre Mitglied des Betriebsrats gewesen ist. Es wird ihm von seinen Klassen-genossen besonders schwer anzurechnen, das Vertrauen seiner Auftraggeber mißbraucht zu haben. Durch geschicktes und sicheres Auftreten haben Röhre und Stahl sowohl ihre Kollegen als insbesondere ihren Departementen zu tauschen verstanden. Durch welche Summen das Wirtschaftsamt geschädigt worden, wird gegenwärtig durch eine Inventur festgestellt, die eine vom Gemeindevorstand eingesetzte Untersuchungskommission angeordnet hat.

Wer aber sind nun die wirklichen Schuldigen? Die Hintermänner, Drahtzieher und Auftraggeber dieser kleinen Spitzbuben sind der Kohlen-großhandel, letzten Endes die Gruben. Wenn die bürgerliche Presse heuchlerische Verwunderung über das Verschweigen des beteiligten Kohlen-großhändlers ausdrückt, so dürfte doch gerade dem Lokalanzeiger-Versepublikum nicht unbekannt sein, wie und wo man für gutes Geld genügend Brickets auch ohne Kohlenmarken bekommen kann. Im Reinickendorfer Halle handelt es sich um den Kohlen-großhändler Schumann, Köpenicker Straße. Dieser, der ein Strohmann der Bricket-Vertriebsgesellschaft ist, hat es verstanden, durch ewiges Wöhren sich Stahl und Röhre, und später, auch diese bereits aus dem Wirtschaftsamt ausgeschlossen waren, auch noch einen anderen Angestellten gefügig zu machen. Durch falsche Buchungen, sowie in der Hauptsache durch Rückgabe bereits abgelieferter Kohlenmarken an Schumann, konnte er stets einer eventuellen Revision der Kohlenstelle die Belege vorgeigen. Er konnte sich's was kosten lassen. End doch für Kohlen ohne Marken von den Zahlungsfähigen gern die doppelten Preis gezahlt werden.

Solcher Schumann gibt's eine große Zahl. Auf kaum einem Gebiet ist die Korruption so zum Himmel stinkend, ihre Organisierung aber auch so lohnend, wie bei dem Kohlenvertrieb. Was kommt es da auf ein paar arme Schächer an, die der Staats-anwalt am Kragen kriegt, während ihre gewissenlosen Auftraggeber die aus ihren Verfehlungen resultierenden Kohlen noch heuchelisch durch das Abkommen von Spaa zu verdecken suchen. Nebenbei soll natürlich der kommunale Vertrieb durch Vorkommnisse à la Stahl und Röhre diskreditiert werden.

Aber gerade jetzt ist für uns Berliner der Zeitpunkt außerordentlich günstig, dem Schieber-erfolg die den Boden abzuräumen. Vom 1.—10. Februar wird die Kohlenkundenliste neu aufgelegt. Da alle Kontrollmaßnahmen, alle Strafbestimmungen verjagen, wirkt einzig durchschlagend die Selbsthilfe. In Berlin darf es nur noch einen kommunalen Vertrieb des gesamten Brennstoffs geben! Bei 50 Millionen Zentner Hausbrand, Berliner Kontingent, wäre neben der absolut gerichten Verteilung ein gewaltiger finanzieller Gewinn für die Stadt-gemeinde der Erfolg.

Deshalb Kampf dem Kohlenschiebertum auf der ganzen Linie. Kein klassenbewußter Arbeiter darf seine Brennkasse von anderen als kommunalen

Thimigs kleiner österreichischer Leutnant, der lebendigste Mensch der Komödie, die durch Herz erlebt, was ihr an politischem Verstande fehlt. F. St.

Gesellschaftskomödie

Das Vossing-Theater ist jetzt beim „Idealen Garten“ von Oscar Wilde angekommen, dessen amüsante Gesellschaftsstücke seit einem Jahre zwar nicht für die Literatur, aber für die Theater-tafel wieder erndtet werden. Was soll man auch spielen? Die Klassiker gehen nicht täglich, für Kuriositäten fehlt Publikum und Geld und die Expressionisten sind pleite. Wilde gefällt der neuen Bourgeoisie mit Recht: auf der Bühne lauter reiche Leute und ein Held, der vor achtzehn Jahren durch eine schmutzige Börsenspekulation hinausgekommen ist, wie mancher im Barkett geistert. Die Handlung ist spannend wie Kino, und die Art, wie Wilde ein prächtiges Wort nach dem anderen hinlegt, strengt selbst die bescheidensten Besucher nicht an. Direktor Barnowsky verstand, dem Stil der Zeit entsprechend, statt Schauspieler Kleider zu zeigen. Woher nur ein Theater so viele talentvolle Schauspielerinnen findet. Aber selbst, wenn alle gut gewesen wären, hätte sie Tilla Durieux statt an die Wand gedrückt. Denn sie hat eine ganz seltene Haltung, erlebte Eleganz, die wirklich London ist, und als Künstlerin ist sie eine ganz neuartige Form einer gefährlichen und dabei lebenswichtigen Salonhänge. Jedes Wort war bezugnehmend gezeichnet. Alles andere neben ihr war schlechtes Berlin. Herr Gog gutes. F. St.

Sozialisierung der ärztlichen Praxis. Josef Wopper-Vynkus, der bekannte Wiener Schriftsteller schreibt uns: Soeben kommt uns eine wichtige Nachricht aus Rußland zu, nämlich eine Verordnung des Volkskommissariats für Volksgesundheit. Derselbe verbietet die ärztliche Privatpraxis und sozialisiert den gesamten Gesundheitsdienst. Ich möchte nun bemerken, daß ich diese Reform im Jahre 1912 in meinem Werke „Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage“ vorgeschlagen und erläutert habe und da vor längerer Zeit mein Werk der Sowjetregierung übersandt worden war, so ist es auch möglich, daß sie die Anregung zu ihrer Verordnung meinem Buche verdankt. Obgleich es sich hier um keine weltumwälzende Maßregel handelt, so mag man doch in jener Verordnung den Beginn der Verwirklichung meiner in jenem Werke der Welt dargebotenen Vorschläge erblicken. Ich füge noch bei, daß gegenwärtig auch zwei ausgezeichnete Ärzte für das Verbot der ärztlichen Privatpraxis eintreten, nämlich Professor Dr. Gomon Wäner in Prag und Dr. Josef Friedjung in Wien. Die Verstaatlichung der ärztlichen Praxis ist eine höchst lohnreiche Institution und jene Verordnung der Sowjetregierung muß gebührend anerkannt werden. Sie hat damit einen wichtigen Schritt nach vorwärts getan.

Ein sozialistischer Film von Hauptmann. Gerhart Hauptmann soll an einem großen historischen Film „Die Weberkäufer“ schrei-

Plätzen beziehen. In allen Bezirken müssen Betriebsräte und sozialistische Funktionäre sofort die Arbeit in die Wege leiten. Wo keine Gemeindefunktionäre vorhanden sind, können für ganz Berlin die Eintragungen auf die Reinickendorfer Plätze erfolgen, die auf Grund ihrer Kundenliste in allen Bezirken Zirkeln erreichen können.

An dem Bestreben der Arbeiter liegt es, daß die Spitzhütten der Stahl und Röhre sich zu einem gewaltigen Schlag gegen das Großkapital und zu einem entscheidenden Schritt vorwärts hinsichtlich der Kommunalisierung eines lebenswichtigen Artikels auswirken.

Das städtische Jugendpflegeamt veranstaltet in der Zeit von Ende Februar bis Mitte April je einen Kursus zur Ausbildung von Wanderführern und -führerinnen und Spielleitern und -leiterinnen. (Schriftliche Meldungen bis zum 15. Februar an das städtische Jugendpflegeamt - Abteilung V - Neue Friedrichstr. 80 - Zimmer 48 -). Da die Kurse sowie auch die Ausübung der Tätigkeit als Wanderführer und Spielleiter große Anstrengung erfordern, ist erwünscht, daß sich nur körperlich leistungsfähige, rüstige Personen melden, und zwar für den Spielkursus möglichst solche, die im Spielbetriebe von Schulen und Vereinen bereits erfahren sind. Als untere Altersgrenze ist für die Teilnehmer am Spielkursus 18 Jahre festgesetzt. Der Wanderkursus umfaßt ungefähr 30 Vorträge, Wanderungen und praktische Übungen, die auf die Abende und Sonntage der oben angegebenen Periode verteilt werden, und soll eine eingehende und umfassende Kenntnis nicht nur der Führerpflichten, sondern auch des gesamten Wanderwesens vermitteln. Der Lehrgang im Spiel erstreckt sich auf neun dreistündige Übungen, die werktäglich nachmittags von 3-6 Uhr vom 21. März bis 2. April stattfinden. Für den Wanderkursus ist ein Sonntag im April ein eintägiger und für die Spieler ein auf drei Abende verteilter Samstagskursus in Aussicht genommen. Eine Zusammenstellung der Vortragsthemen für Wanderführer ist nach dem 1. Februar durch das städtische Jugendpflegeamt - Abteilung V - zu beziehen. Die Einschreibgebühr für den Wanderkursus beträgt 5 M., die für den Spielkursus 20 M. Besonders interessierten Teilnehmern am Spielkursus wird jedoch gestattet, an einer gewissen Zahl von Wandervorträgen, die noch näher bezeichnet werden sollen, teilzunehmen. Die Teilnahme an dem Spielkursus ist Bedingung für spätere Beschäftigung auf den städtischen Spielplätzen; dagegen übernimmt die Stadt keine Verpflichtung, die zu den beiden Lehrgängen zugelassenen Personen später auch als Wanderführer und Spielleiter zu beschäftigen.

Ein Siebzehnjähriger wegen Mordes verurteilt. Der 17-jährige Wilhelm Wieding, der mit seinem Kompilgen Emil Böhmke die 68-jährige Frau Giller ermorde hat, wurde vom Jugendgericht wegen Mordes zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen zweier weiterer Diebstähle wurde der Angeklagte außerdem noch zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Böhmke wird sich wegen der Tat später vor dem Schwurgericht zu verantworten haben.

Auf der Polizeiwache erschoss sich gestern Abend ein 21 Jahre alter Inspektor Robert Schmidt, der wegen Betruges gesucht wurde. Schmidt wurde in einem Hotel in der Invalidenstraße ermittelt und nach dem nächsten Polizeirevier gebracht, um dort untersucht zu werden. Bevor die Beamten jedoch noch dazu kamen, hatte Schmidt einen Revolver, den er im Vermeck versteckt gehalten hatte, herausgezogen und sich damit eine Kugel in den Kopf geschossen. Die Verletzung war so schwer, daß er trotz ärztlicher Hilfe bald darauf verstarb.

Kirchhofsdiebstahl in der vergangenen Nacht den Dorothienstädtischen Gemeindefriedhof in der Liesenstraße heim. Von dem Erbengutbesitzer der Familie Rudolph Herzog stahlen sie Bronzeurnen im Werte von 20.000 Mark, außerdem aus der Leichenkammer Beiden, Leichenbücher, Karten u. a. m.

Die gewesenen politischen Gefangenen und Inhaftierten treffen sich Montag, den 31. Januar, abends 7 Uhr, Kanteuffelstr. 72. Wegen der endgültigen Regelung der Koststandsbeihilfe muß jeder erscheinen.

3. Verwaltungsbezirk. Elternbeiräte der U.S.P. und Erschleute, am Sonntag vormittag, 10 Uhr, in der Schulaula Pantstraße, Ecke Böttcherstraße.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Ziemlich kühles, zeitweise heiter, bei ziemlich frischen, westlichen Winden. Nachher neue Erwärmung, Trübung und Regen.

Gewerkschaftliches

Aus dem Fleischerberuf

Trotzdem im Fleischerberuf noch 1000 Arbeitslose vorhanden sind, nicht gerechnet die Kurzarbeiter, und 1200 bis 1300, die in anderen Berufsunterstützung gefunden haben, drücken viele Meister auf Überstunden. Sie glauben die verlängerte Arbeitszeit im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit durchsetzen zu können. Dazu kommt, daß sie wieder in verstärktem Maße mit Lehrlingen arbeiten. Ferner werden für Berlin nicht zuständige Arbeitskräfte mit Hilfe der gewerkschaftlichen Stellenvermittler, der sogenannten Seelenverkäufer, nach Berlin gelockt; meist junge Leute, die sich den Teufel um Arbeitszeit und sonst was scheeren und die billige und willige Ausbeutungsobjekte für den Fleischermeister abgeben. Die Berliner Behörden sollten auf diese Zustände achten, um die Zuwanderung zu unterbinden.

Die gesamte Arbeiterschaft hat ein Interesse an den Arbeitsverhältnissen im Fleischerberuf. Je mehr Fleischer im erlernten Beruf unterkommen, desto mehr gehen sie aus den anderen und machen dort für die zuständigen Arbeitskräfte Platz. Um unteren Kollegen einen Rückhalt und eine Stütze zu geben, ersuchen wir die Arbeiterschaft Groß-Berlins, auf die Arbeitszeiten bei den Ladefleischern zu achten und auf die Meister einzuwirken für die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit, wie in anderen Gewerben.

Die Organisation der Fleischer erucht daher um Nachhilfe, bei wem und wo die Arbeitszeit überschritten wird, damit für Abhilfe gesorgt werden kann.

Zentralverband der Fleischer, Eilisehstr. 11.

An die Afa-Mitglieder der Betriebsvertretungen in der Metallindustrie

Uns gehen Meldungen zu, daß in einzelnen Betrieben der Metallindustrie freierwerbende Stellen jetzt vorzugsweise von Jugendlichen besetzt werden sollen. Dies würde ein Beweis dafür sein, daß unsere Ansicht richtig war, daß die auf Wunsch der Unternehmer durchgeführte neue Gestaltung des Angebotsensatzes zu den oben erwähnten Maßnahmen führen würde.

Wir bitten um umgehende Meldungen, in welchen Betrieben Stellen, die bisher von älteren Angestellten besetzt waren, jetzt ausschließlich von Jugendlichen eingenommen werden. Diese Angaben müßten sehr genau sein und vor allem Zahlen enthalten, die einen Vergleich ermöglichen. Sie sind auch wichtig für die evtl. neubeginnenden Tarifverhandlungen.

Afa-Bund, Ortskartell Groß-Berlin, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 7-10.

Die Branche der Schmiede hielt am Sonntag mittag ihre Branchensammlung ab. Der Branchenleiter Köhler gab den Jahresbericht. Er schilderte die Jahresarbeit der einzelnen Gruppen und vermittelte besonders auf den straffen Zusammenschluß der Schmiedelinnung und der Unternehmer der K-

rosseriefabriken, die sich im Laufe des Jahres über ganz Deutschland zentral organisiert haben. Bei den Arbeitern müsse man leider das Gegenteil feststellen. Der Referent zeichnete dann die Zukunftsarbeit. Anzustreben müsse werden: 1. Bezahlung der Helfer nach den Beschlüssen der Reichskonferenz; 2. für Schmiede eine besondere Vergütung für verbrennen der Arbeitskleidung; 3. Verfrachtung der Arbeitszeit in den Großbetrieben an heißen Sommertagen; 4. Schaffung eines anderen Entlohnungssystems für die Hammerführer usw. - Den Kassenbericht gab W. Hentschel. Einnahmen und Ausgaben hielten sich die Wage. Der 2. Punkt der Tagesordnung, Neuwahl der Branchenleitung, verlief sehr stürmisch. Die Wahl ergab eine Niederlage der Kommunisten. Der Kandidat Weiß, Anhänger der Richtung Zisa-Urich, erhielt die Mehrheit.

Wermeister-Betriebsangelegenheiten. Von dem Städt. Arbeitsnachweis für Wermeister wird Beschwerde erhoben, daß in den Betrieben noch zum Teil aus der Kriegszeit bis in die letzte Zeit Angestellte von auswärts eingestellt und gehalten werden, die in Berlin keinen festen Wohnsitz haben, zum Schaden der Berliner Arbeitslosen. Auf Grund der Verfügung über Freimachung von Arbeitsstellen erucht der Nachweis die Obengenannten, jeden Posten unter genauer Angabe der Person, der Firma, Ort und Straße an den Arbeitsnachweis für Wermeister, Berlin N. 24, Oranienburger Str. 54/57, zu melden.

Aus den Organisationen

Sonntag, den 29. Januar

K. Pöhlitz, Abteilungsleiter, abends 7 Uhr, Plakate und Flugblätter von Mitteln, Petersburger Straße abholen.

K. Pöhlitz, heute 6 Uhr, ab, Abteilungsleiter bei Wittich, Petersburger Straße 44, Gleichzeitige Materialausgabe.

Teigel, Horkwalle, Wittmann, Teckler, Heiligens, Flugblätter heute abend abholen bei Pöhlitz, Reinickendorfer-Weiß, Schillingstr. 20.

Sonntag, den 30. Januar

Charlottenburg, 4. Gruppe, Vormittag 9 Uhr, Flugblätterverteilung vom Lokal Herr, Heidestr. 36, Eise Weimarer Straße usw. Erscheinen aller Genossen unbedingt erforderlich.

Charlottenburg. Der Reichsnachmittag findet nicht Sonntag, den 30. Januar statt, sondern Sonntag, den 6. Februar, um 10. Januar, vorm. 9 Uhr, Flugblätterverteilung von den bekannten Jahrbuchbesitzern. Erscheinen sämtlicher Genossen im Pflicht.

Pankow. Sämtliche Parteigenossen treffen sich vormittags 9 Uhr in ihren Jahrbuchbesitzern zur Flugblätterverteilung. Material ist Sonntag beim Genossen Spielmann von den Gruppenführern in Empfang zu nehmen. Um 8 Uhr vormittags im "Wilde Beer" zur Flugblätterverteilung. Genosse Blüthner führt Anwesenheitsliste.

Montag, den 31. Januar

Wilmersdorf, Eiliseh, Pankow, Abends 7 Uhr Frauenabend bei Kugel, Steinlt, Kugelpl. Ecke Berlinische Straße. Vortrag des Gen. Dr. Pöhlitz über "Sozialpolitik". Gähne willkommen.

Tempelhof, Abends 6 1/2 Uhr städtisch Zusammenkunft aller Funktionäre bei Veil, Dorf- Ecke Neue Straße.

Bereinskalender

Montag, den 31. Januar

Arbeiter-Schulhaus 118-119. Spielabend jeden Montag von 8-10 Uhr abends im Lokal von Schüler, Grünauer, Ecke Kämpfer Straße, sowie jeden Donnerstag von 8-10 Uhr abends und Sonntag von 10-11 Uhr vorm. im Restaurant Teufelsdröckel, 41. Unterricht im Schachspiel wird kostenlos erteilt. Gähne willkommen.

Soz. Arbeiterjugend Groß-Berlin. Abends 7 Uhr findet im Jugendsekretariat, Breite Str. 69, eine wichtige Zentralratsbesprechung statt. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß am Sonntag abends 7 Uhr in der Arbeiterbildungsstätte ein Vortrag stattfindet über "Kommunistische Fragen".

Koblenz-Bezirksrat. Abends 7 1/2 Uhr Vortrag des Genossen Nahe im Sophienpark, Weinmeisterstraße. Gähne willkommen.

Reichsbund der Kriegskriegskämpfer. Abends 7 1/2 Uhr Besprechung der Generalsekretärin, Ostpreussische Straße, Ecke Kämpfer Straße, Kämpfer-Bezirksrat, 209-210.

Arbeiter-Samaritaner-Bund, Abteilung Wilmersdorf. Abends 7 Uhr Versammlung bei W. Pfandhagen, Schornbergstr. 60.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin, Westendstraße 10. Druckerei: G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 50.

Sammelkundenlisten für einzelne Häuser stehen zur Verfügung, diese Liste dient gleichzeitig zur prompten Sammelbelleferung



Neueintragung

in die Brikettkundenliste

für Privat und Gewerbe
findet vom 1. bis 10 Februar 1921

in die Hausbrandbezugscheinliste

für
Zentralheizung u. Warmwasserversorgung
bis 15. März
zwischen 8 und 12 Uhr vormittags
und 2 und 6 Uhr nachmittags auf
nachfolgenden Lagerplätzen statt:

1. Lagerplatz: Bergstraße 78-79
2. Lagerplatz: Hohenzollernplatz 3
3. Lagerplatz: Boddinstraße 50-51
4. Lagerplatz: Leykestraße 10-11
(neu eröffnet)

Handwagen für Selbstabholung stehen zur Verfügung und werden sämtliche Quantitäten auch frei Haus angeliefert

GUSTAV LEYKE

Hauptgeschäft Bergstr. 78-79

Steinkohlen
Koks und Anthrazit
Schmiedekohlen

Gute
Damenstiefel
98 bis 115 Mk.
Gute
Halbschuh
Schuh 78 bis 48 Spange
nur solange Vorrat
37 Petersburger Str. 37



Depot: Bergstr. 34, Nord. 1923

Botenfrauen gesucht

I. Tour: Köpplingstraße, Hildebrandstraße, Landwehrstraße, Goltzowstraße

II. Tour: Georgenkirchstraße, Jannaukirchstraße

III. Tour: Grelfswalder Straße, Eppinger Straße

Speziation Werner, Grelfswalder Str. 24

Achtung! Fabriken - Arbeiterräte

Billiges Brennholz!

Am Montag, den 31. d. Mts., gelangen auf unseren Lagerplätzen am Kohlenbahnhof Wedding, Fernstraße 22/23, ca. 500 tms trocknes Kiefernholz zu Mk. 85,- d. Km gegen sofortige Barzahlung in kleineren und größeren Posten, jedoch nur von 1 Km aufwärts, zum Verkauf. Ferner ebenfalls ca. 2000 tms prima trockener pommerischer Brennholz zu Mk. 14.50 pro Tonne.

Stohlenkontor Wedding G. m. b. H.
H. 22, Fernstraße 22/23 / Teleph.: Moabit 7035

Botenfrauen

sucht

Speziation Sinner, Skalitzer Str. 101.

Botenfrauen

sucht sofort ein

Speziation Wuhky, Johannisstr. 9

Kleine Anzeigen

Annahme in allen
Speziationen des Verlages

Das Überschriftswort 2.- Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungswörter: Überschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.- Mk.

Verkäufe

Handtuchfabrik, Pfund 14 Mk.
Rand, Gr. Hamburger Str. 11

Kreuzfische, Waschküchle,
Küchliche sowie alle anderen
Belagarten wegen vorgerückter
Saison jetzt zu herabgesetzten,
kannenerregenden (postulierten)
Preisen! Alles neu, keine
Verkaufsmittel! Verkauf, Was-
schauer Straße 7.

Gegenstandskauf, Selbst-
gefertigte elegante Herrenanzüge
25,- Mark, Damenanzüge
20,-, Rob. Wägelchen, 40,
Kochstr. 10.

Wettwische, Damenschuhe,
Korsetts, Duden, Teppiche usw.
bis 50% Preisermäßigung.
Koch, Prunzstraße 84 II, am
Mossigplatz, kein Laden.

Genossen! Jagdgen, Ulter,
Schloffer, Knäpfe, Cutawass,
geschneite Hosen, Wintermäntel,
und eingetroffen in unüber-
sehbarer großer Auswahl von
500 Mk. an. Turzger, Deiner
Straße 20, vorm. H. Kalkreuth-
str. 10, Ecke Köpenick-
str. 1, Erzeug.

Kreuzfische 105.-, Waschkü-
chle, sämtliche Belgarten,
Herrenanzüge, Hälfe herab-
gesetzt. Keine Lombardwaren!
Verkauf, Rosenhauer Tor,
Vierdecker 20/4, Ecke Köpen-
icker Straße 1, Erzeug.

30 Prozent Rabatt auf
leicht beschaffte Bücher und
Verfahren. Buchhandlung
"Gretel", Breite Straße 59.

Möbel

Möbel, gebraucht und neu,
Stühle und Küche, gut erhalten,
1800,-, Regale, Schränke 34,
Hausnummer abholen.

Chaiselongues 100,- bis
400,-, Metallbetten 250,- bis
2000,-, weiche Schlafmatten
Melzer, Kugelsch. 12, Aug.

Tafelambas 250,-, Chaisel-
ongues, Englische Vertikale
500,-, Kaffeeautomaten, Pa-
stetenmaschinen 100,-, Walter,
Stargarder Straße 12/13.

Schlafzimmer, nicht, auch,
weil 340,-, Stube gebraucht,
Küchen 675,-, prima Anwalde-
lach, Jagdanzüge, Herren-
Kleider, Kugelsch. 12, Aug.

Küchen, moderne, mit
eiserer Ausrüstung, lackiert, selbst,
1917, jetzt von 350 Mk. ab, Klef-
auswahl, Kaffeevollautomat
Klammel, Reichinger Straße 22
(Schloßhauer Tor).

Kaufgesuche

Kokosöl, Goshmied, kauf
zu günstigen Preisen: Meise,
Gold, Silber, unmodernes
Schmuck, Schmuck, Herren-
schuhe, Gürtel, Verzierungen,
Goldwaren, Silber, Schmuck-
stücke usw.

Angustoff, Rohstoff
Kleiderstoffe, Kleiderstoffe
kauf, Wollstoffe, Postamt 29
Preisangebots.

Verschiedenes

Gebrauchte
Treibriemenlederabfälle
M. 10,- pro Kilo auch in
kleinen Posten abzugeben.
R. Nachemstein G. m. b. H.
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 7.

Reparaturarbeiten führt aus
Barm. Reichensberger Straße 7.
Unterbreitete Mähmaschinen
für alle Tätigkeiten findet ihr
bei der Schrift von Dr. Kurt Reich-
ensstein, "Der Eisenbau"
(2,50 Mk.) Buchhandlung, Grelf-
str. 1, Ecke Köpenick-Str. 1.

Tiermarkt
Nierenkranke werden verkauft
Candaberger Str. 11

Handverkauft Kupferblech
Ausschleifwerk, Vollständig
Kupferblech, 1000 Stück
eingetroffen, Kalkreuth-Str. 10

Ansiedlungen

Selbstbau
Vergleichen teils eingetragene
sich selbstbau, 1000 Stück
Kupferblech, 1000 Stück
eingetroffen, Kalkreuth-Str. 10